

Kolloquium zum Abschied des Stellv. Direktors der SWP, Dr. Albrecht Zunker, am 7. Juli 2004:
“Politikorientierte Wissenschaft: Kann sie der Wissenschaft und der Politik gleichermaßen gerecht werden?“

Begrüßung Christoph Bertram

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie sehr, sehr herzlich zu diesem Kolloquium aus Anlaß der Ehrung für unseren Kollegen Albrecht Zunker, begrüße Frau Mandt-Zunker, Klaus Ritter, Heinrich Vogel, und alle, die hier im Saal sind und die eine lange Freundschaft und Verbindung mit der Stiftung Wissenschaft und Politik verknüpft. Ich habe irgendwie das Gefühl, auch die Mächte außerhalb dieses Hauses haben dazu beigetragen, daß dies ein sehr festlicher Tag wird. Wir wollen ihn einleiten mit einem Gespräch unter Personen, die sich kennen, die die Stiftung kennen, die ihr auch immer wieder auf die Beine geholfen haben durch ihre Unterstützung, durch ihre Anregung.

Ich begrüße ganz besonders Richard von Weizsäcker, das erste Mitglied des ersten Vorstandes der Stiftung und dann bis 1985 Mitglied des Stiftungsrates. Sie waren fast zwanzig Jahre unmittelbar an dem Wohl und Wehe dieses Hauses beteiligt. Ich grüße Hans-Ulrich Klose, jetzt Vizepräsident unseres Stiftungsrates, seit vielen Jahren derjenige, der uns viele Hürden – gerade auch was das mühselige Geschäft des Haushalts anlangt – aus dem Wege geräumt hat. Ich begrüße zu meiner Linken Gudrun Krämer, früher Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik, jetzt an der Freien Universität als Professorin für Islamwissenschaft; ich begrüße Dieter Senghaas, auch er als Gastprofessor der Stiftung mehrfach verbunden, aber auch immer wieder durch Anregungen, durch Überlegungen, durch Schüler, die von Ihnen zu uns gekommen sind. Und ich begrüße Werner Link, ganz links außen, auch er einst Gastprofessor, vor allem aber der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, der damals – wie auch Heinrich Vogel – sehr geholfen hat, diese schwierige Fusion zur Berliner SWP, die sich vorher als sehr viel schwieriger darstellte, als sie dann später in Berlin wurde, über die Bühne zu bringen. Insofern sind Sie auch, schon bevor die Mitarbeiter des BIOst Mitarbeiter der Stiftung wurden, der Stiftung verbunden gewesen.

Wir haben diese Gruppe gebeten, ein Thema zu behandeln, das ein Zunkersches Thema, fast sein Leib- und Magen-Thema, ist, nämlich die Frage politikorientierter Wissenschaft. Albrecht Zunker hat wie kein anderer immer wieder gesagt: „Vergeßt nicht, daß Ihr ein Institut der Wissenschaft seid. Nur auf der Basis der Wissenschaft könnt Ihr ernsthaft unabhängig und mit Selbstvertrauen die Politik beraten.“ Unser Thema ist also das Spannungsverhältnis zwischen dem, was Wissenschaft ist, und dem, was Politik braucht. Und so geht meine erste Frage an Richard von Weizsäcker, der ja durch sein Engagement gezeigt hat, daß zumindest *ein* Politiker die Stiftung Wissenschaft und Politik nicht unbrauchbar findet für seine Arbeit – es sei denn, Sie haben es ausschließlich altruistisch getan, was ich mir eigentlich nicht denken kann. Wie ist Ihre Bewertung dieses Spannungsverhältnisses und hat es sich seit den Jahren gewandelt, in denen die Stiftung anfang unter Klaus Ritter, mit den Veränderungen, die in der Republik vor sich gegangen sind?

Richard von Weizsäcker

Es ist die Frage, ob Sie damit in erster Linie auf etwas Lobendes oder Tadelndes über die Politik oder lieber über die Wissenschaft hinauswollen. Das ist mir auf Anhieb nicht ganz klar. Da ich nie zu der Berufsgilde der Wissenschaftler und auch nicht zur Denkgilde der Wissenschaftler gehört habe, ist es für mich natürlich leichter, hier etwas halbwegs Verantwortungsloses über die Wissenschaft zu sagen. Zu meinen Erfahrungen von außen her gehörte immer ein gewisser Kummer darüber, daß es zwar an der Wissenschaft in Deutschland nie gefehlt hat, aber fast immer an der Wissenschaft für die Politik. So sicher das Zunkersche Petitum, dies sei unabdingbar ein Institut der Wissenschaft und müsse es immer bleiben, richtig ist, so sehr ist eben die Politikwissenschaft oder mehr noch, die Wissenschaftlichkeit, in Deutschland im Gegensatz zu manchen anderen Ländern eben allzu oft bis auf eine Höhe getrieben worden, die sie immer weiter von der Politik entfernt anstatt ihr angenähert

hat. Und deswegen habe ich damals, vor langer Zeit, mit so großer Begeisterung, wenn auch ganz ohne eigene Beiträge, die Gründung dieses Instituts begrüßt. Und daß Herr Zunker dazu beigetragen hat, daß hier leben kann, was Klaus Ritter und seine Freunde und Bundesgenossen damals in die Tat umgesetzt haben, zahlt sich nun je länger desto dankbarer, wie ich finde, aus.

Ich bin nicht nur – mit Ausnahme von Klaus Ritter – hier möglicherweise der Älteste, der überhaupt mit der Stiftung Wissenschaft und Politik zu tun hat, ich bin darüber hinaus auch wahrscheinlich der Älteste, der dieses Gebäude kennt. Ich bin nämlich als Kind immer schon zu diesem Gebäude vorgedrungen. Hier war ein Postamt, wir wohnten in der Nähe, und ich mußte immer hierherkommen und Briefmarken kaufen und ähnliches. Und jetzt wieder hierher zurückkehren zu können und die Stiftung, die ich in ihrem Ebenhausener Gewand wirklich kennengelernt habe, nach dem Umzug mit so viel Lebenskraft in Berlin wiederzuerleben, Herr Zunker, damit haben Sie uns einen riesengroßen Gefallen getan!

Aber Ihre Frage habe ich damit natürlich noch nicht beantwortet – hernach, das kommt erst später!

Christoph Bertram

Gudrun Krämer, Sie sind ja nun gewechselt von dem Posten einer namhaften wissenschaftlichen Mitarbeiterin der Stiftung zur Universität. Haben Sie das getan, weil Sie das Gefühl hatten, man möchte Wissenschaft auch mal ohne diesen Politikbezug machen? Oder haben Sie es getan, weil Sie dachten, ach, ich bleibe im selben Felde, der Unterschied ist gar nicht so groß?

Gudrun Krämer

Der Unterschied ist relativ groß, weil ich ja von der Nahost-bezogenen Wissenschaft – ich würde sagen, auch hier habe ich Wissenschaft gemacht – zur Islamwissenschaft gegangen bin, und die Islamwissenschaft kann alles mögliche sein. Sie kann sehr, sehr politikfern sein, und sie kann relativ politiknah sein. Insofern war bei mir schon der Wechsel ziemlich dramatisch. Und man kann nicht wirklich beides gleichwertig betreiben wie zuvor, also auf der einen Seite die universitäre Wissenschaft mit dieser Zuspitzung machen, wie sie jetzt mein auch nicht mehr so ganz neues Fach verlangt, und andererseits so nahe genug an der Politik bleiben, daß man für sie auch interessant ist. Das Problem ist, daß man in der wissenschaftlichen Beschäftigung zum Teil in Gebiete geht, die nicht nur für die Tagespolitik, sondern auch für die strukturell orientierte Politik nicht so schrecklich interessant sind. Auch kann man die tageswichtigen Dinge nicht so intensiv verfolgen, wie man das an der Stiftung Wissenschaft und Politik tun konnte. Also Wissenschaft, fand ich, war an der SWP auch schon gegeben.

Christoph Bertram

Aber anders.

Gudrun Krämer

Aber anders, ja.

Christoph Bertram

Und so, daß man sich verkrümmen mußte, um den politischen Dienst leisten zu können, der dazugehört?

Gudrun Krämer

Nein, verkrümmen nicht. Am Anfang, das weiß ich noch, war ich total schockiert, wirklich schockiert, daß ich ein ganzes Buch auf zweieinhalb Seiten pressen sollte, in der Kurzfassung, weil man mir sagte, „aber die wichtigen Menschen haben natürlich keine Zeit, Ihr Buch zu lesen“. Inzwischen finde ich

das relativ banal, aber damals empfand ich das als ein echtes Problem. Oder auch, daß man Leuten, die mit hundert Sachen, jetzt denke ich an ausübende Politiker, beschäftigt sind und sich auch sehr wichtig finden, Dinge in kurzer Zeit und prägnant vermitteln soll, die man selber wichtig findet, und die machen währenddessen alles mögliche. Ich erinnere mich an Anhörungen im Bundestag – der eine las, der zweite telefonierte, der dritte rannte raus und wieder rein –, und man selbst sollte ganz ernsthaft politische Zusammenhänge kompakt, komprimiert und konzentriert vermitteln. Das hat alles nichts mit Verkrümmung zu tun, das hat nur mit unterschiedlichen Stilen zu tun, und das fand ich manchmal etwas mühsam. Verkrümmen hätte ich mich dann müssen, wenn es darum gegangen wäre, politische Zusammenhänge anders darzustellen, damit sie beim Abnehmer gefallen. Das ist mir nicht bewußt passiert. Man kann sich natürlich fragen, ob man vorwegnehmend schon Dinge gar nicht erst sagt und anspricht, die möglicherweise nicht so gut ankommen.

Christoph Bertram

Also der Unterschied wäre eigentlich nur einer in der Präsentation, ist das richtig?

Gudrun Krämer

Nein. Jetzt an der Uni mache ich natürlich eine ganze Reihe von Dingen, die zum Teil wirklich mit der aktuellen Politik nicht so schrecklich viel zu tun haben. Ich bin ja von der Ausbildung her Historikerin, mache also relativ viel über frühe islamische Geschichte. Damit würde ich jetzt bei einem ausübenden Politiker vielleicht in einem Abendgespräch ein interessiertes Lächeln wecken, „so, ist ja sehr interessant, was Sie da machen“, und „ach, ja“. Aber damit kann ich ja nun nicht meinen Beruf ausfüllen. Insofern ist es nicht nur eine Frage der Präsentation, sondern tatsächlich auch der Themensetzung.

Christoph Bertram

Was brauchen Sie von uns, Herr Klose? Und kriegen Sie von uns, was Sie brauchen?

Hans-Ulrich Klose

Zunächst einmal möchte ich sagen, daß ich wie Richard von Weizsäcker ja nicht zu der Gilde der Wissenschaftler gehöre und diese Seite nicht wirklich beurteilen kann. Ich kann beurteilen, was ich von diesem Institut erwarte, und zwar mit Recht erwarte, denn dieses Institut, über das wir hier reden und in dem wir hier sitzen, ist ja ausdrücklich geschaffen worden mit einem bestimmten Auftrag, nämlich dem, die Politik, genauer gesagt die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag, zu beraten.

Ich glaube, daß die Schwierigkeiten, die praktischen Schwierigkeiten bei dieser Arbeit darin liegen, daß die Erwartungen der Politik sich häufig von den Intentionen der Berater unterscheiden. Die meisten Politiker, vermute ich, erwarten so etwas wie politischen Rat, und sie kriegen bestenfalls Politikberatung, was ja ein großer Unterschied ist. Wir haben viele Institute in der Bundesrepublik, die politische Konzepte anbieten. Viele zeichnen sich dadurch aus, daß sie hoch unpolitisch sind, keine Ahnung haben von dem, wie praktische Politik verläuft. Sie verwenden nicht den geringsten Gedanken darauf, wie man die angebotenen Politikkonzepte in die Wirklichkeit umsetzen kann. Vor allem im Bereich von Wirtschafts- und Wirtschaftsordnungspolitik ist diese Art von Politikberatung Religion.

Das ist hier bei dem Institut Stiftung Wissenschaft und Politik nach meinen ganz subjektiven Erfahrungen völlig anders. Hier bekomme ich in der Tat, insbesondere auf Anfrage, genau das, was ich brauche: relativ kurze Berichte oder Problemaufrisse, zum Beispiel, wenn man irgendwohin reist und zu bestimmten Themen, die dort mit Sicherheit angesprochen werden, eine Zusammenfassung braucht, die immer ein bißchen anders sein muß als das, was man vom Auswärtigen Amt ohnehin bekommt. Das bekomme ich hier.

Ich finde die Forderung der Kürze völlig angemessen. Eine der knappsten Ressourcen des Parlamentarier, jedenfalls wenn er seinen Job ernst nimmt, ist die Zeit, und deshalb muß die Politikberatung so sein, daß sie in relativ knapper Zeit konsumierbar ist. Das war einer der Gründe, warum ich großen Wert darauf gelegt habe, daß die SWP nach Berlin kommt, und andere übrigens auch: weil Politikberatung ja nicht nur über Papiere erfolgt, sondern häufig eher zufällig, in der Begegnung bei irgendwelchen Gelegenheiten: Man ist bei irgendeinem Empfang, trifft jemanden und sagt, „ach, mit Ihnen wollte ich sowieso reden. Können wir mal eben in die Ecke gehen, ich habe drei Fragen.“ Diese Art von schneller Beratung, die in der Begegnung stattfindet, erfordert Anwesenheit hier und deshalb ist es ein großer, großer Gewinn für die Politik, daß es eben nicht mehr Ebenhausen ist, sondern Berlin, die Hauptstadt, wo man sich jeden Tag trifft.

Also meine Antwort: Ja, ich kriege das, was ich brauche. Ich wünschte mir, die Politik würde mehr nach der Beratung fragen, die hier zur Verfügung steht.

Christoph Bertram

Dieter Senghaas, habe ich das erfunden mit dem Spannungsverhältnis, besteht das gar nicht so sehr? Ich bin überrascht über die Harmonie, die hier auszubrechen droht, und will mich ihr eher entgegenstellen.

Dieter Senghaas

Natürlich gibt es ein Spannungsverhältnis. Aber es hängt sehr davon ab – und das wurde schon gesagt –, was man von der Wissenschaft erwartet und wie diese sich selbst einbringt in diesen Dialog. Ich würde sagen, es gibt ein problematisches Verhältnis. Das problematische Verhältnis ist, daß die Politik nur kurzfristige Perspektiven hat und die Wissenschaft sich daraufhin synchronisiert und auch nur kurzfristig denkt, forscht, Papiere macht und dergleichen. Ich denke, man kann empirisch nachweisen, daß das nicht gut geht, weil es auf beiden Seiten letztendlich zu fragwürdigen Ergebnissen führt. Ich denke weiterhin – und ich sehe da keinen Unterschied zwischen universitärer Forschung und Forschung, die man in einem solchen Institut macht –, daß eine Wissenschaft, egal wo sie angesiedelt ist, langfristige Perspektiven haben muß, wenn sie kurzfristig nützlich sein will.

Ich will ein Beispiel geben: Ich habe mich vor wenigen Wochen im Rahmen eines Seminars mit der demographischen Entwicklung auseinandergesetzt und dabei noch einmal alte Bestände aus den siebziger und frühen achtziger Jahren gesichtet und festgestellt, daß die Wissenschaft damals genau das schon dokumentiert hat, worüber wir heute aufgeregt diskutieren und worüber wir in Zugzwänge geraten sind, nämlich die langfristigen Trends beispielsweise in der Entwicklung der Altersstruktur unserer Gesellschaft.

Das war nicht nur eine Sache der Wissenschaft. Es wurde im *Spektrum der Wissenschaft*, in soliden Zeitschriften, dokumentiert auf der Grundlage von soliden demographischen Untersuchungen, aber eben auch in Zeitungen referiert. Ich habe einen ganzen Stapel, zehn, zwanzig Zentimeter hoch, von Zeitungsartikeln. Beispielsweise gab es in der *Zeit* eine Serie von Sontheimer, also dem jungen Sontheimer, genau über diese Problematik, und man fragt sich dann, warum eigentlich wurde das, was prognostiziert worden ist auf dreißig, vierzig Jahre hin, nicht wahrgenommen, warum wurde das nicht übersetzt, warum hat man das irgendwie verdrängt?

Das heißt also, daß es hier ein Angebot der Wissenschaft gegeben hat, das nicht abstrakt, sondern sehr konkret war, in Form von Prognosen mit Prozentangaben und dergleichen, wie man das normalerweise so macht. Es war langfristig gedacht und es war natürlich dazu gedacht, daß es zu einer kurzfristigen Revision von Politiken führt, von denen abzusehen war, daß sie sich so, wie sie angelegt waren, nicht würden durchhalten lassen im neuen Jahrhundert, im neuen Jahrtausend. Diese Forschung, die langfristige Probleme analysiert, ist für mich absolut essentiell. Natürlich ist es dann das Kunststück, sie in kurzfristige, auch tagespolitisch relevante Imperative zu übersetzen, was wiederum eine Aufforderung ist, sich auch publizistisch einzusetzen, also eben nicht nur im universitären Bereich oder im Forschungsinstitut. Aber dies ist nur ein Beispiel und ich könnte andere Beispiele

dafür nennen, daß „kurz-kurz“ nicht gut ist, das heißt, wenn die kurzfristige Perspektive der Wissenschaften und die kurzfristige Perspektive der Politik zusammengehen.

Die Wissenschaft muß – und sie hat ja auch den Freiraum bei uns, wenn sie ihn nutzt – vor allem an der Universität, aber im Grunde genommen auch in Forschungsinstituten diese langfristige Perspektive erfahrungswissenschaftlich aufarbeiten, sich erschließen und dann deutlich machen, wie relevant das ist, was man findet, eben gerade für kurzfristig tagespolitische Dinge. Insofern gibt es ein Spannungsverhältnis, aber das Spannungsverhältnis kann fruchtbar gemacht werden, je nachdem wie man dieses Verhältnis inszeniert. Das wollte ich anhand dieses Beispiels aufzeigen.

Christoph Bertram

Nun gibt es ja wenig Bereiche, die so berechenbar sind wie die Demographie. In den meisten Bereichen der Sozialwissenschaften weiß man nicht genau, was in zehn Jahren passiert. Da ist ja auch die Wissenschaft natürlich weniger in der Lage, „lang-lang“ zu machen.

Dieter Senghaas

Na gut. Dann würde man die berühmte Methode verwenden: Man würde sich in alternativen Szenarien bewegen.

Christoph Bertram

Aber die sind natürlich für die Politik uninteressant. Alternative Szenarien...

Dieter Senghaas

Das würde ich nicht sagen! Nehmen Sie das folgende Beispiel: Auf die nächsten, sagen wir, fünfzig Jahre hin wird sich die weltpolitische Konstellation ändern. China wird in fünfzig Jahren einen anderen Status haben als heute.

Christoph Bertram

Welchen?

Zwischenruf: Ja, genau! Darüber streiten wir nämlich gerade.

Dieter Senghaas

Darüber oder darauf ist dann genau das zu sagen, was Sie eben gesagt haben: Wenn wir das nicht genau wissen, dann ist es die Aufgabe der Wissenschaft, die alternativen Szenarien herauszuarbeiten und sozusagen mit Plausibilitäten zu operieren und diese Plausibilitäten im Laufe der Zeit, das heißt also im Rest dieses Jahrzehnts und im nächsten Jahrzehnt, im Lichte dessen, was dann tatsächlich sich herauskristallisiert, zu revidieren und zu reformulieren.

Christoph Bertram

Hat denn, Richard von Weizsäcker, die praktische Politik Zeit, überhaupt Szenarien zur Kenntnis zu nehmen, oder muß sie nicht ganz schnell ran an die Sache und sagen, das ist die Richtung, die wir einschlagen müssen?

Richard von Weizsäcker

Ich wollte eigentlich Herrn Senghaas fragen, ob er wirklich dabei bleiben will zu sagen, die lange Frist gehöre der Wissenschaft und die kurze Frist der Politik. Das kann man doch so nicht trennen.

Dieter Senghaas

Nein. Das wollte ich nicht...

Richard von Weizsäcker

So klang es ein bißchen, entschuldigen Sie.

Dieter Senghaas

Aber alles, was hier bisher auf die Politik bezogen gesagt worden ist, lautete, daß es kurzfristig ist, daß es Imperative gebe. Herr Klose sprach davon, wie sich das übersetzt sozusagen in diesem Prozeß...

Hans-Ulrich Klose

Es muß kurz sein, aber nicht kurzfristig.

Dieter Senghaas

Daß natürlich auch eine langfristig orientierte Wissenschaft sich auf der politischen Seite in langfristige politische Perspektiven übersetzen kann – das ist impliziert in dieser Überlegung.

Richard von Weizsäcker

Ich finde einfach, beide Seiten haben teil, jede der beiden Seiten hat teil an dem Problem der anderen Seite. Natürlich kann die Politik, wenn sie ernsthaft sein soll, doch nicht an der langfristigen Perspektive vorbeigehen. Sie ist nur immer in einer Demokratie dazu genötigt, das, was sie langfristig als richtig einsieht, auch kurzfristig mehrheitsfähig zu machen, und dies ist halt ziemlich schwer. Daß sie vor dieser Spannung steht, teils natürlich aus schlechten Gründen, weil sie dann immer nur die Probleme instrumentalisiert, um das zu machen, was sie eigentlich interessiert, nämlich die Machtkämpfe. Aber es sind ja nicht immer nur diese schlechten Gründe, sondern auch der Zeitdruck und die Vielgestaltigkeit der Aufgaben, die ihr nicht immer die nötige Zeit lassen. Das ist doch etwas, was die Wissenschaft auch angeht! Und wenn die Wissenschaft wirklich beraten soll, dann muß sie die Politik in der Lage beraten, in der sie ist. Selbstverständlich darf sie die Politik – und muß sie auch – aufs Heftigste kritisieren. Aber das Einteilen in langfristige und kurzfristige Aspekte ist meiner Meinung nach eine Aufgabe, die die Wissenschaft mit der Politik eher vereint als von ihr trennt.

Ich meine, Sie kennen ja alle die Probleme viel besser als ich, wenngleich ich auch – immer von außen – viel davon gehört habe. Also das Prinzip der wissenschaftlichen Unabhängigkeit ist für eine vernünftige Politikberatung unabdingbar. Sie ist bekanntlich gar nicht leicht durchsetzbar, vor allem nicht bei der deutschen Wissenschaft. Denn es gibt zu viele wissenschaftliche Denküberlieferungen und Vertreter, die der Meinung sind, eine wissenschaftliche Beratung, die sich darauf einläßt, überhaupt Fragestellungen der Politik entgegenzunehmen – Herr Klose, dazu auch noch hier so beim Treffen auf dem Flur! –, die ist schon kurz davor, sich von der Politik korrumpieren zu lassen. Wissenschaftliche Beratung muß unabhängig bleiben, aber das kann sie doch nur dann, wenn sie zugleich den Beratungsauftrag nicht dazu benutzt, um sich von den Realitäten der Politik fernzuhalten. Und zu den Realitäten der Politik gehören die Gespräche, die sie mit uns führen kann, gehören die Unterlagen, die die Politik produziert. Mit anderen Worten: Wenn sich eine wissenschaftliche Institution wie diese Stiftung darauf einläßt, Unterlagen aus den politischen Entscheidungszentren entgegenzunehmen, um sie dann mit wissenschaftlicher Unabhängigkeit zu bewerten, dann tut sie genau das, was sie tun muß, und darf sich dann nicht von wissenschaftlichen Kollegen vorhalten lassen: „Ihr habt euch bereits korrumpiert, indem ihr euch überhaupt darauf eingelassen habt, mit den Politikern und ihren Akten ernsthaft umzugehen.“ Das finde ich wichtiger, und wenn das die wissenschaftliche Beratung in voller Unabhängigkeit tut, dann wird sie sich auch auf dieses ständige, für die Politik schwer lösbare Spannungsverhältnis zwischen Kurzfristigkeit und Langfristigkeit ihrerseits beratend einlassen.

Hans-Ulrich Klose

Also zunächst einmal würde ich gerne klarstellen: Ich habe nicht von Kurzfristigkeit gesprochen, sondern von kurzen Ausarbeitungen, weil die Ressource Zeit in der Politik eine große Rolle spielt.

Das Beispiel Demographie ist eines, das Fragen aufwirft. Es ist zum einen richtig, daß in bestimmten Politikbereichen die Konsequenzen des lange vorhersehbaren demographischen Wandels nicht gezogen worden sind, zum Beispiel bei den Sozialsystemen, während sie im Städtebau durchaus gezogen wurden. Die großen Städte – ich weiß das von Hamburg nur zu genau, weil ich mit der Stadt verbunden bin – haben relativ früh auf die absehbare Bevölkerungsentwicklung reagiert. Also nehmen Sie mal das Hamburger Beispiel Allermöhe, das gebaut werden sollte. Es wurde nicht gebaut, weil wir vorausgesehen haben, daß die Bevölkerungsentwicklung so sein würde, daß es keinen Sinn mehr macht, solche riesigen Neubaugebiete zu erschließen. Also, man hat natürlich in Teilbereichen Konsequenzen gezogen.

Im übrigen finde ich, daß die Fragestellung etwas seltsam ist, weil sie denen, die in der politikorientierten Wissenschaft sind, unterstellt, sie arbeiteten nicht wissenschaftlich. Sie arbeiten in Wahrheit immer wissenschaftlich, und auch wenn ich den Volker Perthes, den ich zufällig bei einem Empfang beim türkischen Botschafter treffe, frage, dann frage ich ihn nach seinen spezifischen Kenntnissen und bekomme eine wissenschaftliche Antwort von ihm. Und ich würde das deshalb alles nicht so nobel hoch heben, sondern sagen, so ist der Politikbetrieb und so macht es Sinn, daß man alle Möglichkeiten des Kontaktes und der Orientierung nutzt. Ich wünschte mir, sie würden stärker genutzt werden, wobei mir auffällt – ich sage es mal lieber positiv –, daß in Berlin die akademische, die universitäre Wissenschaft etwas näher dran ist an der Politik, als sie es in Bonn gewesen ist. Das fällt mir auf. Woran das liegt, kann ich nicht sagen. Aber ich habe eine optimistische Erklärung: Ich hatte immer die Hoffnung, wenn sich die Politikberatungsinstitute in Berlin konzentrieren – und das tun sie doch in einem erheblichen Umfang –, dann würde hier automatisch so etwas wie eine *community* entstehen, insbesondere in dem Bereich, in dem ich arbeite, in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die braucht man auch unbedingt als Resonanzboden für Diskussionen, bei denen man sich irren darf. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt, und das scheint sich hier in Berlin zu entwickeln, und das finde ich eigentlich das Positivste, was man sagen kann.

Christoph Bertram

Werner Link, Sie sind ja nun Kölner und Bonner, wenn ich das richtig im Kopf habe. Richard von Weizsäcker hat ja doch eine Karikatur gezeichnet, scheint mir, von der Wissenschaft, die im Grunde genommen sich für viel zu edel und jungfräulich hält, als daß sie sich mit diesen Kerlen aus der Politik wirklich einlassen dürfte. Aber das ist doch schon lange nicht mehr so – oder ist da was dran?

Werner Link

Nein, also ich glaube, daß die hier angesprochenen Probleme nicht in dem Sinne zu kategorisieren sind, wie Herr Senghaas das getan hat. Ich stimme vielmehr Herrn von Weizsäcker zu: kurzfristig, langfristig, das gilt für den Politiker wie für den Wissenschaftler.

Ich würde eher sagen, die Grundlagenforschung ist ein zentrales Element, auf der aufbauend dann konkrete Vorschläge und konkrete Szenarien und Empfehlungen entwickelt werden können. Wenn ich das einfügen darf: Die große Leistung von Herrn Zunker ist ja, daß er die Schriftenreihe gehabt hat, in der nach wissenschaftlichen Standards ein großes Werk oder auch ein Sammelband entstand, und daraus konnten dann aktuelle Studien resultieren. Und ich glaube, das ist an der Universität genauso. Wenn dieses Fundament nicht da ist, kann eine entsprechende fundierte Empfehlung nicht gegeben werden.

Und noch etwas scheint mir wichtig zu sein, nach dem, was hier bisher gesagt worden ist: Ich glaube, man müßte es etwas realistischer sehen und nicht von *der* Wissenschaft sprechen. *Die* Wissenschaft gibt es nicht, es gibt auch nicht *die* Politikwissenschaft, sondern es gibt verschiedene Richtungen,

verschiedene Ansätze, verschiedene Theorien. Die Politikwissenschaft und die Wissenschaft im allgemeinen arbeitet mit unterschiedlichen Annahmen, und der Politiker kann sich gar nicht darauf verlassen, daß das so zuverlässig ist, was da von dem Politikwissenschaftler X oder Y angeboten wird. Darf ich schnell mal in die Vergangenheit schauen: Wie sehr haben viele Kollegen, ich auch, geirrt in manchen Einschätzungen, und das ist eine Sache, die sehr deutlich gesehen werden muß. Es gibt nicht *die* Wissenschaft und folglich kann Beratung nur in einem kritischen Dialog stattfinden und nur auf diese Weise eine gewisse Klärung erfolgen.

Für denjenigen, der als Wissenschaftler willens, bereit oder gar dazu berufen ist, in einem solchen Institut Politikberatung zu betreiben, meine ich, ist eine gewisse kritische Distanz zur Politik sicherlich notwendig, aber auch eine Nähe. Also, ich habe die Forderung, die an diejenigen gestellt wird, die in solchen Instituten arbeiten oder auch an der Universität und dann politisch beratend tätig werden wollen, mal als paradoxen Imperativ bezeichnet. Sie müssen die Unabhängigkeit von der Politik und gleichzeitig die Nähe zur Politik haben, sonst argumentieren sie an den politischen Bedürfnissen vorbei. Hierin sehe ich das Hauptproblem: daß das schwer miteinander zu verbinden ist, daß dieser paradoxe Imperativ kompliziert ist und daß die Politiker, wie gesagt, damit rechnen müssen, daß sie nicht mit absoluten Wahrheiten konfrontiert werden, sondern eigentlich nur mit Hypothesen. Das ist das wissenschaftliche Verständnis, das ich habe; und wenn sich der Wissenschaftler, auch der Politikwissenschaftler, dessen bewußt ist, dann kann vielleicht ein sinnvolles Gespräch zustande kommen. Sonst wird es eher so sein, daß beide aneinander vorbeireden.

Angebotsorientierte Politikwissenschaft oder nachfrageorientierte, das ist ein sekundäres Problem. Auch die Frage der Übersetzung von Forschungsergebnissen in eine verständliche Sprache, was immer wieder verlangt wird, ist sekundär gegenüber dem grundsätzlichen Problem, das ich hier kurz angedeutet habe.

Christoph Bertram

Gudrun Krämer, soll Wissenschaft nur Hypothesen anbieten? Das wäre für den praktischen Politiker doch außerordentlich schwer zu verwenden.

Gudrun Krämer

Nein, das soll sie ganz sicherlich nicht. Aber umgekehrt wäre es mir auch wirklich zu wenig, nur möglichst gut aufbereitete, möglichst knapp formulierte, möglichst anwendungsorientierte Papers oder mündliche Stellungnahmen abzugeben. Das fände ich einfach zu eng. Ich sehe sehr wohl den Bedarf dafür. Sie, Herr Klose, haben ja auch nicht gesagt, daß Sie das ausschließlich wollen, aber eigentlich haben Sie gesagt, „das brauche ich als Politiker: die kurze, die knappe, die kompakte, möglichst problemorientierte, möglichst nicht auf eine andere Ebene abschweifende oder verweisende Stellungnahme, die mir dann konkret hilft“. Und letztlich diskutieren wir doch im Moment in dem Sinne – und das ist wahrscheinlich auch naheliegend –, daß wir zwar nicht unbedingt eine Bringschuld der Wissenschaft einklagen, und jedoch fragen, wie sie sich denn noch besser darstellen könnte, damit die Politik sie auch benutzen kann – nutzen kann, nicht *benutzen* im Sinne von „falsch nutzen“, aber nutzen kann. Ich bin – von wissenschaftlicher Seite her – nicht ganz glücklich darüber.

Christoph Bertram

Warum nicht?

Gudrun Krämer

Weil es mich zu sehr in die Lieferantenposition bringt, wenn jemand sagt, „also Sie machen jetzt Wissenschaft, dann machen Sie die Wissenschaft doch bitte auch so, daß sie nützlich ist, und zwar in der Politik nützlich“. Ich habe nichts dagegen, ich habe das lange genug gemacht und habe es gerne gemacht. Ich finde es auch jetzt, während ich mich vorrangig mit Islamismus beschäftige, absolut sinnvoll, daß man – an mich gerichtet – sagt, machen Sie das so, daß eine Öffentlichkeit etwas damit

anfangen kann. Aber unsere Diskussion im Moment ist, latent oder explizit, sehr stark auf die Frage zugespitzt, wie die Wissenschaft es besser machen kann. Und man könnte ja umgekehrt fragen, wie denn die Politik es deutlich machen kann, daß sie tatsächlich ein breites Interesse an wissenschaftlicher Beratung hat.

In der islamischen Tradition ist die alte Frage, ob Politik ein schmutziges Geschäft ist oder nicht, schon vor langer Zeit formuliert worden. Es gibt eine Redewendung, die ziemlich genau das aufgreift, was wir jetzt als Problem angesprochen haben. Sie lautet – und sie ist natürlich von Wissenschaftlern geprägt worden: „Der beste Herrscher ist derjenige, der ganz regelmäßig die Wissenschaftler aufsucht. Und der beste Wissenschaftler ist der, der nie an den Hof des Herrschers geht.“ Das ist genau die Formel, die man den Deutschen mit ihrer Politikphobie vorwirft.

Richard von Weizsäcker

Aber der beste Kaiser in China war bekanntlich der, von dem man nie irgend etwas gehört hat.

Gudrun Krämer

Dann waren sie nicht so gut!

Richard von Weizsäcker

Vielleicht habe ich selber dazu beigetragen – was nicht gut war –, so ein bißchen wissenschaftskritisch anzufangen. Natürlich müssen wir auch politikkritisch herangehen. Also Herr Klose: Leugnen können wir ja von seiten der Politik nicht, daß es etwa für die Stiftung Wissenschaft und Politik ein außerordentlich interessanter, aber sehr langwieriger Prozeß war, bei vielen ganz wichtigen politischen Entscheidungsinstanzen überhaupt die Forderung nach unabhängiger wissenschaftlicher Beratung zu vertiefen. Die Politik ist von Hause aus immer noch geprägt durch das, was uns Frau Krämer gerade vom Islam so Entlastendes für uns erzählt hat. Ich finde, es hat doch Fortschritte gegeben und nicht zuletzt auch durch diese Institution, zu deren Ehren wir hier zusammensitzen! Der Politik nahezubringen, wieviel sie selber davon hat, ganz egal ob aus egoistischen Gründen oder einfach nur für bessere Einsicht, wieviel es für sie bringt, wenn sie sich ernsthaft wissenschaftlich beraten läßt. Aber ich finde gerade das, was Frau Krämer in bezug auf den Islam gesagt hat, ist doch ein klassisches Beispiel dafür, was man heute in der Politik wirklich besser verstehen muß, wo der bloße Machtkampf untereinander noch nicht allzu wilde Formen angenommen hat, weil zu viele Beteiligte in der Politik einfach vom Islam noch zu wenig wissen, mich selbstverständlich eingeschlossen. Und wenn wir jetzt also immerfort große Programme für den Greater Middle East und so weiter machen oder wenn wir darüber sprechen, inwieweit wir als Europäer mit oder ohne Türkei eine Brücke zum Islam bauen können – wir lernen zum Thema Islam von seiten der Wissenschaft in einem Maß, ohne das wir nicht auskommen. Und daß wir in der Politik merken, daß wir ohne dieses Maß nicht auskommen, das hat sich doch verbessert, und das hat sich vor allem durch die Arbeit dieses Instituts verbessert. Überdies auch schon in Ebenhausen. Aber ich gebe Ihnen ganz recht, daß in Berlin nun weitere Vorteile hinzugekommen sind, die in Ebenhausen schwerer zu erzielen waren. Doch ohne die Arbeit in Ebenhausen wäre es natürlich auch in Berlin nicht zu dem gekommen, was Sie hier nun geschaffen haben.

Christoph Bertram

Sie geben ein Beispiel dafür, wie die politischen Entscheider vor einem neuen Gebiet stehen, das sie noch nicht richtig durchdrungen haben. Und dann haben sie das Gefühl, „wir brauchen die Wissenschaftler jetzt“. Aber die These, die bei Richard von Weizsäcker mitschwingt, richtet sich ja eigentlich nicht nur auf die neuen Bereiche, in denen die Politik meint, sie müßte etwas wissen, sondern darauf, daß auch in den anderen diese ständige Art der Beeinflussung durch wissenschaftliche Erkenntnisse nützlich ist. Mir scheint, daß ohnehin in den letzten Jahren – aber ich frage da insbesondere auch Dieter Senghaas und Werner Link – die Bereitschaft auch gerade der Politikwissenschaftler gewachsen ist, die Bedürfnisse und besonderen Umstände der Politik stärker zu

berücksichtigen. Ich glaube, diese alte Vorstellung, wie es sie vielleicht mal in Mesopotamien gegeben hat – ich weiß ja nicht, auf welche Zeit Ihr Zitat, Frau Krämer, zurückgeht –, die ist doch eigentlich überwunden oder mache ich mir da was vor?

Werner Link

Nein, das ist durchaus richtig beobachtet. Ich glaube, daß die Gefahr nicht mehr besteht, die vorhin einmal angedeutet wurde, daß derjenige, der sich auf die Politik oder auf die Beratung der Politiker einläßt, in seinem wissenschaftlichen Ansehen geschädigt wird. Das, glaube ich, ist nicht der Fall, es ist eher so, daß das Ansehen des Wissenschaftlers wächst, wenn er in einem Beratungsgremium sitzt, so wie das bei den Volkswirten auch ist, wenn sie im Sachverständigenrat sind.

Aber ich würde doch gerne noch einmal unterstreichen: Die Vorstellung, der Wissenschaftler könne hier eine Wahrheit verkünden, die der Politiker dann freudig übernehmen und in sein politisches Handeln umsetzen kann, die ist meines Erachtens unzutreffend, das ist eine Illusion. Wenn dem so wäre, würde das auch dem wissenschaftlichen Charakter nicht gerecht – zumindest wie ich ihn verstehe. Es gibt meines Erachtens bereits ein Unbehagen in der Öffentlichkeit, das daraus erwächst, daß die politischen Parteien bei ihren Beratungen und Anhörungen keine Schwierigkeiten haben, jeweils für ihren Standpunkt, für konträre Standpunkte, jeweils Wissenschaftler aufzubieten. Wenn die Partei X als Sachverständigen den Wissenschaftler Y aufgeboten hat, dann darf man erwarten, was dieser Wissenschaftler sagt. Er wird wissenschaftlich begründen, daß das richtig ist, was die Partei sagt, die ihn benannt hat. Hier sehe ich eher die Gefahr, daß auf diese Weise eine pseudowissenschaftliche Diskussion und eine Diskreditierung von Wissenschaft erfolgt, weil sich Wissenschaftler dann dazu hergeben – oder wie man das auch immer bezeichnen mag –, eine scheinbare Verwissenschaftlichung der Politik zu begründen.

Wenn man grundsätzlich davon ausgeht, daß es in der Wissenschaft einen Disput darüber gibt, was wahr ist und was zweckmäßig ist, was in diese oder jene Richtung wirkt, dann kann man viel eher versuchen, in diesen Disput das politische Element mit einzubringen und dem Politiker auch klarer sagen, wie die Alternativen aussehen. Da würde ich den Begriff von Dieter Senghaas als zutreffend ansehen, daß „Alternativszenarien“ entwickelt werden. Aber eben Alternativszenarien, die nicht mit der Gewißheit auftreten können, daß dieses oder jenes mit Sicherheit sich realisieren läßt, und bei denen der Politiker die Entscheidung zu treffen hat, welche Argumentation er als zutreffend ansieht. Diesen Prozeß durchzuführen, das ist ein mühsames Geschäft, dazu hat der Politiker häufig keine Zeit. Darin sehe ich einen wesentlichen Grund, warum Wissenschaft, wirkliche Wissenschaft, keinen Einfluß nehmen kann auf die Politik.

Christoph Bertram

Aber das kann ja nun nicht die Antwort auf das Problem sein. Der eine hat keine Zeit, der andere braucht zu viel Zeit, also „never the twain shall meet“. Wir sind natürlich heutzutage zunehmend auch in einer Situation, gerade in unserem Fach der internationalen Politik, wo wir es mit einer Inflation von Theorie zu tun bekommen, die das Fach immer weiter von der Nutzbarkeit durch Politik entfernt. Sehen Sie diese Gefahr?

Dieter Senghaas

Daß Wissenschaft instrumentalisiert wird und sich selbst instrumentalisieren läßt, das war ja Ihr Beispiel, das ist sozusagen die Pointe des „kurz-kurz“, das ich vorhin erwähnt habe, also des kurzfristigen Sich-Einstellens der Wissenschaft auf genau die Bedürfnisse, die aus irgendwelchen parteipolitischen oder sonstigen Gründen artikuliert werden. Das macht nicht nur das Gespräch kaputt, das diskreditiert, wie Sie eben sagten, die Wissenschaft selbst, und ich hoffe, daß es auch den entsprechenden Wissenschaftler diskreditiert, obwohl das offensichtlich nicht immer der Fall ist.

Was nun Ihre Frage angeht, da gibt es, glaube ich, ein ernsthaftes Problem. Und zwar deshalb, weil wir in der Zeit, in der die SWP entstanden ist oder sich entwickelt hat, das sind ja jetzt über vierzig

Jahre, sich ja auch die Disziplin „Internationale Beziehungen und Außenpolitik“, „Weltpolitik“, „Friedensforschung“, oder wie wir das dann in der Mischung bezeichnen wollen, entwickelt hat. Und es gibt in der Entwicklung von Wissenschaft sozusagen einen Bias, der heißt „je theorielastiger eine Entwicklung ist, um so wissenschaftlicher ist das“. Das ist nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz richtig und schafft ein gewisses Problem insbesondere der universitären Wissenschaft, wo erwartet wird, daß man auch theorieorientiert oder vielleicht nachdrücklich theorieorientiert arbeitet. Und man schafft damit ein Problem im Hinblick auf das vorher zitierte Spannungsverhältnis, weil die Verwissenschaftlichung der Disziplin natürlich bedeutet, daß man sich auf den Paradigmenstreit einläßt. Wie Herr Link vorher gezeigt hat: Wir können uns der Wirklichkeit eigentlich nur in Hypothesen nähern oder in unterschiedlichen Paradigmenmodellen, Theoremen und so weiter. Das wird in der Wissenschaft – ich sehe darin ein Problem –, in unserer Wissenschaft zu einem selbstläuferischen Spiel.

Das heißt also, die jungen Wissenschaftler orientieren sich an einem bestimmten Paradigma, jemand anders formuliert ein anderes Paradigma, ein dritter formuliert ein drittes Paradigma und man bewegt sich im Grunde genommen, wie neulich jemand sehr richtig formuliert hat, „inzeestuös“ um das jeweilige Paradigma herum und schafft schon in der Wissenschaft kaum mehr die Brücke vom einen zum anderen. Und was man dann oft nicht fertigbringt angesichts eines Problems, um dessen analytische Bewältigung es eigentlich geht, ist, zu einem schließlich und endlich überfälligen Urteil bezogen auf dieses Problem zu kommen. Und ich denke, was die Politik benötigt, ist ja nicht der Paradigmenstreit, ist auch nicht notwendigerweise nur die paradigmatisch aufbereitete Problemanalyse, in der Weise, daß es dann heißt, „na ja, ich gehe von der Hypothese aus oder von diesem Paradigma, dann sieht das so aus, der nächste geht von einem anderen aus, dann sieht es anders aus“. Ich vermute, damit kann der Politiker nicht sehr viel anfangen. Er braucht ein solides Urteil. Und es ist eigentlich auch von der Wissenschaft zu erwarten, daß – wenn sie den Freiraum hat, die Zeit hat, die inneren Kontroversen in ihrem eigenen Bereich durchfechten kann – es doch einen Punkt geben muß, wo dann nicht jeder Wissenschaftler, aber doch einige Wissenschaftler bezogen auf bestimmte Problemstellungen zu einem Urteil sich durchringen, von dem man sagen kann, es ist einigermaßen abgesichert und einigermaßen solide.

Was dann immer noch aussteht, ist die Übersetzung einer solchen – sagen wir – Einsicht oder Erkenntnis in die politische Praxis. Und damit kommt eine Dimension hinzu, die in der Wissenschaft fast nie diskutiert wird, von der aber natürlich der Politiker lebt, und das ist die Kategorie der politischen Klugheit. Das heißt, was mache ich unter einer bestimmten Konstellation, in der ich eigentlich weiß, was ich tun sollte, in der ich aber genau dieses Urteil oder diese Lagebeurteilung nicht ohne weiteres umsetzen kann? Was mache ich denn klugerweise, um das tatsächlich zu realisieren? Innerhalb unserer Wissenschaft gibt es eigentlich keine systematische Diskussion über diese Dimension, die absolut essentiell ist beim Brückenschlag von der Wissenschaft zur Politik und insbesondere natürlich im politischen Bereich selbst.

Christoph Bertram

Das liegt ja dann doch auch an einem Umstand, den Sie noch nicht genannt haben, vielleicht will ich den aus Ihnen und auch aus Richard von Weizsäcker herauslocken: Hat unser Problem nicht auch mit der Frage zu tun, wie weit Wissenschaftler den Ehrgeiz haben, die Politik zu beeinflussen? Das ist ja in einem demokratischen Staat nichts Unerwünschtes, und diese Theoretisierung des Feldes geht ja auch einher mit mangelndem Ehrgeiz, die Politik zu beeinflussen. Die Neigung zu sagen, warum müssen wir unsere Form einstellen auf das, was diese Brüder, die immer nur kurz und knapp alles lesen wollen, brauchen können, ist doch auch Ausdruck dieser Haltung, nicht den Wunsch, nicht den Drang zu verspüren, Politik beeinflussen zu wollen. Ist das nicht geradezu notwendig für Politikberatung, daß man diesen Drang hat und infolgedessen dann auch, Gudrun Krämer, sich entsprechend – nicht anbietet – aber anpaßt?

Gudrun Krämer

Ja, der Ehrgeiz, der muß natürlich immer da sein, der Sturm und Drang. Ich glaube, daß tatsächlich in vielen Fächern dieser Wunsch, Politik zu beeinflussen, nicht ausgeprägt ist – ohne daß jetzt jedes Fach so theorieverliebt wäre, wie es in manchen Teilen der internationalen Beziehungen der Fall ist. Es gibt ja auch universitäre Disziplinen, die nicht primär an Modellkonzeptionen und Modellierungsmöglichkeiten interessiert sind. Aber wenn man den Ehrgeiz hat, dann muß man sich ernsthaft fragen, welches die Chancen der Politikbeeinflussung sind. Wenn ich jetzt mal konkrete Beispiele nennen würde, die in mein Feld fallen, dann könnte es ja mein Ehrgeiz sein, in der Frage Anbindung oder Eingliederung der Türkei mitzureden oder in der Frage, wie gehe ich mit Muslimen in diesem Lande um. Beides sind Fragen, in denen ich mich um Klugheit bemühen kann, die aber eminent politischer Natur sind, und bei denen ich, glaube ich, den Ehrgeiz, Politik zu gestalten, nur dann wirklich durchsetzen kann, wenn ich mich auch parteipolitisch verankere. Ich glaube nicht, daß ich allein mit dem sachbezogenen, möglichst um Klugheit bemühten Urteil hier sehr weit kommen würde. Also, der Ehrgeiz kann ruhig da sein, ich glaube nur...

Christoph Bertram

Aber Sie werden doch im Zweifel, wenn Sie den Ehrgeiz haben und die Fachkenntnis haben, von dem Politiker Richard von Weizsäcker oder Hans-Ulrich Klose gefragt werden: „Ich stehe vor diesem Problem. Was sagen Sie mir denn aus Ihrer Fachkenntnis heraus?“

Gudrun Krämer

Also da bin ich mir nicht so ganz sicher. Der eine oder andere wird es vielleicht schon tun. Das ist aber nicht grundsätzlich so, daß nun ein Politiker – sie sprechen immer auch von dem Zeitdruck und der Zeitnot, der sie unterliegen –, der bei einer so großen Frage langfristig engagiert ist, sich systematisch bildet und umschaute, wen er jetzt noch möglicherweise konsultieren könnte, von wem er ein ganz eigenständiges Urteil bekommen könnte. Das sehe ich nicht so. Ich will überhaupt – Sie sind unglücklich mit meiner Aussage?

Richard von Weizsäcker

Nein. Vor allem müßte Herr Klose aus seiner Erfahrung etwa aus dem Auswärtigen Ausschuß noch die Forderungen an die Wissenschaft präzisieren. Ich meine, der Auswärtige Ausschuß im Bundestag ist so eine feine Veranstaltung, da gehen Leute gerne hin, die sich damit schmücken. Sie wissen, daß sie einer Administration gegenüberstehen, die selbstverständlich darauf achtet, ihr Herrschaftswissen nicht für billige Münze an diese Parlamentarier zu verkaufen. Und es ist gar nicht so leicht, die zuständigen höheren Beamten im Auswärtigen Amt – das ist jedenfalls meine Erfahrung, hoffentlich haben Sie eine andere, Herr Klose – wirklich dazu zu bewegen, im Auswärtigen Ausschuß alles das auf den Tisch zu legen, was man braucht, um dann zu einem Urteil vorzustoßen. Auf der anderen Seite verbindet sich doch in gewisser Weise damit die Möglichkeit, sich im Auswärtigen Ausschuß mehr etwa als im Verteidigungsausschuß auch wirklich langfristige, strukturelle Gedanken zu machen. Und wir haben doch in der Vergangenheit auch immer wieder große Themen gehabt, bei denen die Wissenschaftsberatung eine sehr große Rolle gespielt hat, in der ganzen Harmel-Zeit, der ganzen KSZE-Zeit, der ganzen Zeit, in der es um die Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen ging. Da hat doch die Anforderung auf seiten eines außenpolitisch interessierten Mitglieds des Auswärtigen Ausschusses an die Wissenschaftsberatung eine große Rolle gespielt.

Welches sind denn, das wissen Sie viel besser als ich, welches sind denn heute im Auswärtigen Ausschuß die konkreten Fragen, bei denen in erster Linie Beratung von seiten der Wissenschaft dringend erforderlich ist und auch verlangt wird? Wir sprachen vorhin über den Islam, und Frau Krämer hat das ja auch noch vertieft. Natürlich, wenn man über die NATO streitet, dann wird das furchtbar schnell ein Thema, bei dem sich erstmal jeder zu Wort melden muß, um zu sagen, daß er nicht gegen die Amerikaner ist oder daß er nicht gegen die NATO ist, aber ich meine nur...

Christoph Bertram

Das ist nicht unbedingt eine wissenschaftliche Äußerung.

Richard von Weizsäcker

Nicht unbedingt eine wissenschaftliche Äußerung, aber eine konzeptionelle Beantwortung der Frage, womit wir uns denn sinnvollerweise nun in der nächsten Zeit, in der die NATO keinen richtigen Feind mehr hat, beschäftigen sollen zum Wohle des transatlantischen Verhältnisses. Das ist doch eigentlich etwas, bei dem uns auch eine wissenschaftliche Beratung wirklich von Nutzen sein könnte. Oder haben Sie, Herr Klose, ganz andere Beispiele auf dem Gebiet?

Hans-Ulrich Klose

Ja, vielleicht sollte ich einfach mal erzählen, wie sich Außenpolitik auf der parlamentarischen Ebene praktisch vollzieht, weil ich das Gefühl habe, daß das nicht wirklich bekannt ist. Also ich gehe mal aus von meiner eigenen SPD-Arbeitsgruppe Außenpolitik, von der Obleute-Runde im Auswärtigen Ausschuß und vom Auswärtigen Ausschuß selber:

Also in der Arbeitsgruppe meiner Fraktion, das wird bei den anderen vermutlich nicht viel anders sein, ist es gewöhnlich so, daß auf der Tagesordnung neben der Behandlung aktueller Punkte, die einfach abgearbeitet werden, Schwerpunktthemen stehen. Die haben entweder etwas mit aktueller oder mittelfristig vorausgesehener Entwicklung zu tun, es können aber auch Spezialgebiete oder spezielle Interessengebiete von einzelnen Abgeordneten sein, die darauf Wert legen, daß bestimmte Dinge auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Bei solchen Beratungspunkten haben wir in jeder – na, ich will jetzt nicht übertreiben – dritten Sitzung einen Experten entweder aus dem Bereich der universitären, der akademischen Wissenschaft, häufiger aus dem Bereich der politikorientierten wissenschaftlichen Beratung in der Arbeitsgruppe. Das hat nach meiner Erfahrung – die ist inzwischen auch schon ziemlich lange – deutlich zugenommen und das, finde ich, ist eine Verbesserung.

Zweitens, glaube ich, entwickelt sich allmählich auch bei den einzelnen Abgeordneten ein Gefühl dafür, daß es sinnvoll ist, sich darüber zu orientieren, was im Bereich der akademischen Wissenschaft – aber ich sage wieder, mehr noch im Bereich der politikorientierten Wissenschaft – gedacht wird, und das auch zu nutzen. Davon wird nach meiner Einschätzung immer noch nicht ausreichend Gebrauch gemacht, aber es findet statt.

Wenn ich die gegenwärtige Zusammensetzung des Auswärtigen Ausschusses nehme, so stelle ich fest, daß jedenfalls der Vorsitzende des Ausschusses und der Stellvertreter in Wahrheit nichts gemeinsam tun – und wir tun eine Menge gemeinsam –, ohne daß wir uns intensiv beraten lassen. Warum gemeinsam? Das sage ich jetzt mal so: weil der Kollege Rühle bei seiner Partei eher Mitte links ist und ich bei meiner Partei eher Mitte rechts bin, und deshalb sind wir die Mitte. Das funktioniert außerordentlich gut.

Wir waren in letzter Zeit, Sie wissen das, zweimal ganz intensiv im Bereich Mittlerer und Naher Osten aktiv und haben natürlich nicht nur die normalen Materialien angefordert, und zwar von allen: vom Auswärtigen Amt über den BND, die SWP, die parteinahen Stiftungen bis zu den Länderinstituten, soweit vorhanden. In der Regel sind das solche Mappen, die auch gelesen werden. Es wird gelesen! Es ist nicht so, daß wir das einfach beiseite packen würden, sondern wir führen auch Gespräche und lassen uns im Gespräch beraten. Also, jetzt nenne ich hier noch mal – es ist keine Bevorzugung –, aber wir würden keine solche Reise antreten, ohne vorher lange mit Volker Perthes zu reden.

Christoph Bertram

Wenn es um den Nahen Osten geht.

Hans-Ulrich Klose

Wenn es um den Nahen Osten geht. Aber man könnte auch andere Beispiele nennen: Wenn wir über die Türkei reden, wissen wir, es gibt hier in der SWP jemanden, der kennt die einzelnen Häuser in der Türkei, und der wird natürlich geholt, mit dem redet man. Also wir nutzen das Angebot wirklich intensiv. Über die Lesegewohnheiten der Abgeordneten im übrigen kann ich nichts sagen, ich kann nur von meinen eigenen sprechen, aber das ist nicht repräsentativ. Das heißt, nachfrageorientiert findet sehr viel mehr statt, als man sich gemeinhin vorstellt.

Jetzt würde ich aber gerne noch etwas einbringen, was mir wichtig ist: Ein Politiker erwartet natürlich auch von der politikorientierten wissenschaftlichen Beratung, daß sie – ja, wie soll ich das jetzt nennen? – auf Vorrat denkt. Kann man das? Um jetzt mal ein Beispiel zu nennen: Ich hoffe, daß in der SWP über die Frage gearbeitet wird – ich weiß es gar nicht und ich frage jetzt auch nicht öffentlich –, was passiert, wenn, was ja nicht unwahrscheinlich ist, die europäische Verfassung scheitert.

Christoph Bertram

Es wird darüber gearbeitet.

Hans-Ulrich Klose

Gut. Es beruhigt mich sehr, daß das so ist, denn das Auswärtige Amt, von dem ich auch hoffe, daß es darüber nachdenkt, sagt natürlich nicht, daß es darüber nachdenkt, weil das ja so eine Art *self-fulfilling prophecy* in Gang setzen könnte, und das darf es nicht. Aber das ist natürlich eine unglaublich wichtige Frage. Ich werde gelegentlich auf Sie zukommen, weil uns diese Dinge natürlich beschäftigen.

Da Sie mich fragen nach Regionen: Wir denken im Augenblick in sehr starkem Umfang über den Mittleren und Nahen Osten nach, wir glauben, daß das die Region sein wird, die uns in den nächsten 25 Jahren nachhaltig beschäftigen wird. Das wird *die* Konfliktregion überhaupt sein. Das gleiche gilt für Zentralasien, wo wir relativ wenig wissen und einen Mangel an wissenschaftlicher Fundierung glauben feststellen zu müssen.

Die Beziehungen zum Auswärtigen Amt sind offenbar heute anders, als Sie es erlebt haben. Zu uns kommen sie ständig, wir haben keinen Grund, uns zu beklagen, daß uns Informationen nicht mitgeteilt würden, das gilt auch für solche, die nicht in die Öffentlichkeit geraten. Geschäftsgrundlage ist allerdings, daß nach außen nie darüber geredet wird. Diese Geschäftsgrundlage gilt bis hinein zu BND und ähnlichen Diensten, die wir natürlich nutzen.

Ich würde gerne noch einen Punkt ansprechen, um praxisorientiert zu argumentieren: Ich versuche manchmal das, was hier stattfindet, zu vergleichen mit Washington, mit der amerikanischen Situation, weil ich eine gewisse Affinität in dem Bereich habe. Es gibt einen ganz wichtigen Unterschied, der, glaube ich, eine große Rolle spielt: In Amerika ist es sozusagen üblich, daß Menschen rotieren von der Wissenschaft in die politikorientierte Wissenschaft, in die Politikadministration und wieder zurück. Es gibt einen viel größeren personellen Austausch. Wenn ein neuer Präsident kommt, werden ja nicht nur ein paar politische Positionen neu besetzt, sondern – ich weiß nicht, wie viele – tausende Positionen werden verändert. Es findet ein ständiger Wechsel statt, und die meisten Experten in politikorientierten wissenschaftlichen Instituten haben praktische politische Erfahrung.

Christoph Bertram

Und den Ehrgeiz, in der nächsten Administration wieder dranzukommen.

Hans-Ulrich Klose

So ist es. Das haben wir hier, ich sage, *leider*, nicht.

Christoph Bertram

Zum Glück!

Hans-Ulrich Klose

Nein, ich sage: *leider* nicht. Weil ich finde, ein bißchen mehr Rotation würde uns sehr helfen und ein bißchen mehr Praxisorientierung von Wissenschaft, politikorientierter und akademischer, wäre hilfreich. Ich wiederhole noch mal, was ich eingangs gesagt habe, erstaunlicherweise hat keiner sich angesprochen gefühlt: Ich habe den Eindruck, daß insbesondere im Bereich der akademischen Wissenschaft die Kenntnis von dem, was praktische Politik ist, außerordentlich gering ist, ganz gering. Und weil das so ist, kommt es häufig vor, daß man mit den Ratschlägen, die man von der Wissenschaft bekommt, überhaupt nichts anfangen kann.

Also ich nehme jetzt mal ein Beispiel, das nicht die Außen- und Sicherheitspolitik betrifft, weil ich hier niemandem zu nahe treten möchte, aber: Alle diese Gutachten, die der Sachverständigenrat von sich gibt, die sind ordnungspolitisch alle prima. Ich höre die und sage: Klasse! Aber: Nicht der geringste Gedanke wird darauf verwendet, wie so etwas unter welchen Bedingungen vielleicht realisiert werden könnte, und infolgedessen sind es immer so plakative Darstellungen, die ohne den geringsten Nährwert sind, außer daß sie einen gewissen Unterrichts- und Aufklärungswert für die Öffentlichkeit haben, sonst nichts. Und das, finde ich, ist ein Mangel, den man feststellen muß und von dem ich mir wünsche, er könnte etwas korrigiert werden, weil er auch Vorurteile abbauen könnte.

Christoph Bertram

Ich finde das sehr wichtig, ich muß die Frage eigentlich an meine Kollegen zu meiner Linken und Ihrer Rechten weitergeben. Es ist ja ein bißchen so durchgeklungen bei Ihnen – bei Ihnen dreien! –, daß Wissenschaft sich nicht verbiegen soll, daß sie im Grunde genommen sich nicht zu sehr Mühe geben soll zu wissen, wie Politik funktioniert, um dann besser zu beeinflussen, und ich frage mich, ob dahinter nicht eine Definition von Wissenschaft steht, die sehr weit über das hinausgeht, was eigentlich notwendig ist. Wissenschaft ist ja eine Methode, vor allen Dingen Methode der Erkenntnis. Wenn die Methode der Erkenntnis solide ist, dann ist die Frage, wie ich das Ergebnis in den Bedarf hineinfüge, ja nicht eine Frage der Wissenschaftlichkeit – eher das Gegenteil davon! Die Arbeit bleibt wissenschaftlich, aber Sie scheinen alle drei eine Definition zu haben, die weit über das hinausgeht und die Sie dazu veranlaßt zu sagen, also, zu nah wollen wir dem Politiker doch nicht kommen, und wir können und wollen uns da auch nicht verbiegen! Ich finde schon, die Frage, die Herr Klose aufwirft, macht ein bißchen – macht einen doch stutzig.

Werner Link

Also, ich würde ja eher sagen, daß auf unserer Seite, also auf der Seite der Wissenschaftler, eher die Frustration da ist, daß das nicht zur Kenntnis genommen wird, was wir an Ergebnissen unserer Forschung präsentieren.

Christoph Bertram

Gleichgültig, wie es zubereitet ist?

Werner Link

Ganz davon abgesehen!

Zwischenruf: Bei optimaler Zubereitung.

Werner Link

Bei optimaler Zubereitung! Daß Ergebnisse nicht gelesen, daß sie nicht zur Kenntnis genommen werden und – ich wiederhole noch einmal – daß eine starke parteipolitische Selektion stattfindet bei der Auswahl derjenigen, deren Rat man oder deren Expertise man haben möchte, das ist eine sehr durchgehende Praxis. Und deswegen bin ich sehr skeptisch, ob in dem Sinne, wie Herr Klose es eben gesagt hat, auch dann noch die Realisierung wissenschaftlich begründet vorgetragen werden könnte. Es ist meines Erachtens schon sehr viel wert, wenn überhaupt ein entsprechendes Analyseergebnis vorliegt, das es ermöglicht zu fragen: Kann ich das realisieren, oder kann ich es nicht realisieren, und wie kann ich es realisieren?

Die Umsetzung ist meines Erachtens eine Angelegenheit, bei der die Wissenschaft sehr wenig helfen kann. Sie kann die Voraussetzung dafür schaffen, daß begründete Entscheidungen getroffen werden, daß abgewogen wird zwischen verschiedenen Alternativen; das muß geschehen, und da gibt es meines Erachtens bei den meisten Politikwissenschaftlern auch den Ehrgeiz, zumindest dazu beizutragen, also ihre Erkenntnisse einzubringen, damit Entscheidungen möglichst rational getroffen werden können. Aber was darüber hinausgeht, das ist meines Erachtens von der Wissenschaft überhaupt nicht zu leisten, oder – und das ist natürlich eine wichtige Beobachtung von Herrn Klose – man muß als Wissenschaftler in die Politik gehen, so wie das in Amerika geschieht. Wenn das geschieht, ist er ja auch nicht mehr eigentlich Wissenschaftler, sondern Politiker und unter diesem Imperativ, politisch verantwortlich handeln zu müssen, und zwar gemäß dem Auftrag der Mehrheit, die ihn gewählt hat. Da kommen ja dann die entsprechenden Mechanismen zum Tragen. Wenn Sie heute über die Neokonservativen in der amerikanischen Administration klagen – ja, das müßte doch eigentlich dann das Ideal sein, Herr Klose, daß hier so viele aus Heritage und aus Cato und wie sie alle heißen, inkorporiert sind in die Administration, also in die Regierung, und nun schön ihre Thesen und Ergebnisse ihrer Analysen in praktische Politik umsetzen. Ausgezeichnet, müßten Sie sagen, die tun jetzt wirklich etwas, zeigen uns, wie das realisiert werden kann. Daß das, was dabei herauskommt, dann von anderen anders betrachtet wird, von einem Wissenschaftler insbesondere als schlechte Realisierung, oder gar das Konzept als solches als unbegründet angesehen wird, das führt dann wieder zurück zur Diskussion im wissenschaftlichen Bereich.

Christoph Bertram

Nun kann man sich ja vorstellen, daß es einen dritten Weg gibt. Nicht etwa nur, daß man in diesem System, das Herr Klose angesprochen hat, sagt, nun bin ich mal vier Jahre bei Brookings und dann bin ich wieder vier Jahre im Pentagon. Man kann sich ja auch vorstellen, daß Leute wissenschaftlich tätig sind ihr Leben lang, aber mehr erfahren darüber, wie es in einer Administration oder in dem Bereich zugeht, der zu ihrer – wir nennen das hier etwas frivol Kundschaft – zu ihrer Kundschaft gehört, so daß es leichter ist, zugunsten dessen, was man erreichen will, Einfluß zu nehmen, die Chancen dafür größer werden. Also, ich habe so ein bißchen das Gefühl, daß wir hier zwei Extrempositionen aufbauen und dabei vergessen, daß es diese dritte gibt, die natürlich auch nicht einfach ist, denn Verwaltungsapparate sind nicht gerade froh, wenn sie Wissenschaftler haben, die da so herumnerven, und die Wissenschaftler denken wiederum, daß Papiere zu machen, die dann vielleicht nur eine Seite haben, nicht ganz das Richtige für sie ist. Aber ich fand, Sie schützen ein bißchen zu stark Ihre Position, die Sie eingenommen haben, Sie sollen sich da exponieren können.

Werner Link

Es mag da einen dritten Weg geben, so wie Sie ihn skizziert haben. Aber ich denke, daß das deutsche System, so wie es hier ja mit der SWP auch praktiziert wird, viel sinnvoller ist. Bei der SWP ist keine direkte parteipolitische Zuordnung möglich und das ist ein großes Verdienst...

Christoph Bertram

Wegen der Wissenschaftlichkeit!

Werner Link

...ja, aber das ist ein großes Verdienst derjenigen, die hier in den vergangenen Jahrzehnten gearbeitet haben, insbesondere derjenigen, die hier heute unter uns sind. Das ist etwas, was meines Erachtens diese Institution abhebt von parteipolitisch oder weltanschaulich eindeutig ausgerichteten Beratungsorganisationen, Think Tanks, wie wir sie in Amerika kennen. Daß dabei dann häufig, wenn ich das noch sagen darf, eigentlich nur *Politikkunde* abgerufen wird, nicht *Politikwissenschaft*, das sollte man, glaube ich, auch berücksichtigen. Bei bestimmten Themen gibt es schlichtweg einen Informationsmangel, beim Islam und so weiter. Das sind dann Nachfragen, die reine Wissenslücken offenbaren und durch die Vermittlung fundamentaler Kenntnisse gedeckt werden. Die Ministerialbürokratie versucht auf diese Weise, ihre Lücken zu füllen. Herr Zunker, wir haben das ja immer wieder erlebt, daß die Ansprechpartner dort mit solchen Anliegen gekommen sind.

Die politische Spitze selbst ist meines Erachtens sehr weitgehend beratungsresistent. Des Kanzlers Wort „Ich habe doch meinen Herrn Steiner“ ist ja nun kein zufälliges Diktum, sondern spiegelt die Zusammenhänge wider. Der Spitzenpolitiker wird nur demjenigen, dem er besonders nahe steht, sein Ohr schenken und seine Zeit.

Christoph Bertram

Aber jetzt schieben Sie den Schwarzen Peter geschickt den anderen zu, ohne die eigene Frage beantwortet zu haben. Ich weiß, das ist immer ganz nützlich, aber bevor wir die Politik schelten, sollten wir vielleicht doch auch fragen, ob nicht das, was wir machen oder was die Wissenschaft macht, sich stärker hinwenden muß zu dem, was in der Politik geschieht.

Gudrun Krämer

Sie fanden es ja vorher zu harmonisch, und nachdem Herr Klose – ein bißchen reduziert von mir dargestellt – gesagt hat, „ich als verantwortlicher Politiker mache es im Prinzip richtig, ich lese, ich konsultiere, ich höre, ich treffe, ich gehe auf Begegnungen, aber die Wissenschaftler, die wollen nicht so recht! Oder manche wollen es, wollen es nicht genügend, und die anderen sind sich irgendwie zu fein oder nicht in der Lage, die Realitäten wahrzunehmen“, finde ich das umgekehrt natürlich provozierend. Ich möchte dazu, ein bißchen apologetisch, zwei Dinge sagen:

Zuletzt kam ein wenig das Bild heraus, auf der einen Seite hätten wir unglaublich beschäftigte Politiker, und das will ich gerne glauben, und auf der anderen universitäre Wissenschaftler, Akademiker guten alten Stils, Professores, die in Einsamkeit und Freiheit eigentlich schon ein bißchen mehr machen könnten, wenn sie nur wollten. Wenn die sich mal Mühe geben würden und auf einen Empfang gehen, dann könnten sie vielleicht mal aus der Wirklichkeit etwas mitnehmen. Aber die wollen ja partout bloß ihre Gedankengebäude und ihre theoretischen Modelle weiterentwickeln. Und da kann ich nur sagen: Ich bin auch nicht ständig nur mit Freizeit ausgestattet. Ich habe einen Beruf, und der Beruf lautet: Wissenschaft, also Lehre und Forschung, und damit bin ich ziemlich ausgelastet. Und das geht vielen anderen auch so, vor allen Dingen in Fächern mit sehr vielen Studierenden. Das ist mal das eine, aber das ist eigentlich nebensächlich.

Ich finde, die Überlegung, ob das deutsche System nicht offener sein und mehr Durchlässigkeit erlauben sollte, schon so wichtig, daß man noch etwas mehr darüber nachdenken sollte. Mir persönlich wäre das eigentlich schon recht, wenn es da mehr Öffnung, mehr Durchlässigkeit gäbe; aber zwei Dinge sind dazu bereits gesagt worden: Diejenigen Wissenschaftler, die in Amerika in die Administration gehen, sind in der Regel parteipolitisch gebunden, ich wüßte auch nicht, wie es sonst gehen sollte.

Zwischenruf: Unterschiedlich!

Gudrun Krämer

Aber sie sind mit einer bestimmten politischen Position identifiziert, mehr oder weniger. Das ist durchaus eine Sache, die man nicht einfach an den Rand schieben kann. Das ist das eine.

Hans-Ulrich Klose

Darf ich einen Einwurf machen? Ich gebe zu, daß das ein bißchen harsch klingt, aber es ist vor dem Hintergrund gesagt, daß ich nun überwiegend Außen- und Sicherheitspolitik mache, wo politisch nicht gleich parteipolitisch ist. Ich sage das, weil Sie parteipolitisch ständig identisch mit politisch gebraucht haben. Das ist ein Unterschied!

Gudrun Krämer

Die Gleichsetzung ist, glaube ich, hochgradig zutreffend und bei den ordnungspolitischen Fragen, die Sie eingangs angesprochen haben, kann ich mir schon vorstellen, daß die parteipolitische Orientierung stärker abfärbt. Das ist das eine, das andere: Wenn man tatsächlich ein offeneres System hätte, dann müßten natürlich auch die Politiker in höherem Maße als bisher in die Wissenschaft gehen können. Die Voraussetzungen dafür sind aber häufig nicht gegeben.

Letztlich heißt das, daß die Wissenschaftler ihre Wissenschaft so verstehen, daß sie im weitesten Sinne anwendungstauglich ist, nicht parteipolitisch gebunden, aber anwendungsorientiert; und daß diese Leute, die das machen, auch praktische Erfahrungen sammeln sollen. Denn ich meine, die Universität ist ja auch nicht einfach nur eine Spielwiese, ist ja auch eine Form von Praxis. Sie sollen die Art von Praxiserfahrung sammeln, die für angewandte Politik relevant ist.

Aber damit wird wieder nur ein Teil dieser Gleichung in Bewegung gesetzt und nicht der andere. Die Politiker bleiben Berufspolitiker. Oder hatten Sie daran gedacht, daß sie sich generell stärker in Richtung Wissenschaft orientieren?

Richard von Weizsäcker

Ich wollte vorher eigentlich noch etwas anderes fragen: Unser Vorsitzender hat vorhin gesagt, die Wissenschaft sei eine Methode. Ich weiß nicht genau, was Sie damit meinen. Wir beschäftigen uns alle mit der Frage, inwieweit man gedanklich politischen Herausforderungen begegnen kann. Ist da wirklich die Art, wie die Wissenschaft das macht, in erster Linie als eine Methode zu beschreiben?

Ich meine, wir haben unterschiedliche Aufträge. Im Vergleich zwischen Amerika und uns finde ich doch eine Sache interessant, die einen gelegentlich, mich jedenfalls, hoffen läßt, daß die Politikwissenschaft, die politikberatende Wissenschaft, bei uns in Deutschland künftig stärker hörbar wird: Ich brauche nur, sagen wir mal, die *International Herald Tribune* zu vergleichen mit allen deutschen Zeitungen. In der *Herald Tribune* finde ich in beinahe jeder Ausgabe einen Artikel von einem sachverständigen wissenschaftlichen Sprecher, der sich in einer Form äußert, die bei mir keineswegs den Verdacht nahelegt, er sei irgendwie parteipolitisch gebunden. Natürlich, wenn einer erst mal für vier oder acht Jahre Sicherheitsberater eines Präsidenten war, dann ist seine Lage vielleicht etwas schwieriger. Aber nehmen Sie mal diese kleine Spalte, die da immer auf der Seite 2 in der *Süddeutschen Zeitung* unten erscheint. Die Mehrzahl der wissenschaftlich fundierten Beiträge zu den dort gestellten Fragen, meistens doch ganz relevanten Fragen, stammt doch eher aus angelsächsischer wissenschaftlicher Feder als aus deutscher. Warum denn? Das ist doch ein bißchen schade.

Es gibt auf seiten der Wissenschaft eine seltsame Zurückhaltung mitzuteilen, was sie auf Lager hat. Werden Sie von irgend jemand daran gehindert? Durch uns in der Politik oder durch die Redaktionen der Zeitungen? Oder ist das nicht eine eingebaute Scheu der Wissenschaft bei uns, die uns auf dem Gebiet gelegentlich etwas darben läßt.

Christoph Bertram

Möchten Sie denn gerne...

Richard von Weizsäcker

Das war ein Angriff auf Euch!

Christoph Bertram

Jaja, ich schreibe ja pausenlos.

Richard von Weizsäcker

Einmal in der Woche!

Christoph Bertram

Es liegt ein bißchen am deutschen Journalismus, der ist etwas anders. Und die deutschen Zeitungen machen diese Beiträge nicht.

Richard von Weizsäcker

Warum denn nicht?

Christoph Bertram

Weil die Redakteure alles immer selbst schreiben wollen. Die wollen nicht gerne fremde Federn haben!

Richard von Weizsäcker

Herr Link taucht doch häufig auf!

Christoph Bertram

Ja, bei Buchbesprechungen.

Hans-Ulrich Klose

Die Buchbesprechungen, die er macht, sind aber hochpolitisch.

Christoph Bertram

Hochpolitisch, hochinteressant, hochwissenschaftlich auch, das muß man sagen, aber wollen Sie – die Frage richte ich an Sie beide – denn gerne so ein System haben wie in den Vereinigten Staaten? Da gibt es ja nicht nur bona fide-Think Tanks, sondern Think Tanks, die sich sozusagen nach ihrem Sponsor richten, die also ideologische Position vertreten, weil die Geldgeber das von ihnen wollen.

Die andere Form, die wir dort finden, ist, daß die Leute rekrutiert werden aus dem State Department, weil sie was wissen über – sagen wir mal – nukleare Waffen und dann gehen sie eine Zeitlang zu Brookings oder CSIS als Fachleute, und dann gehen sie aber auch wieder weg, wenn sie als Fachleute in der Administration wieder gebraucht werden. Aber das sind eigentlich nicht diejenigen, die das tun, was...

Richard von Weizsäcker

Aber sie exponieren sich doch! Und das ist doch sehr gesund! Wir haben alle mittlerweile von Robert Kagan etwas gelernt, auch wenn wir nicht immer seiner Meinung sind. Das wird aber bei uns nicht öffentlich zur Diskussion gestellt oder jedenfalls zu wenig. Wer sind denn außenpolitisch wirklich brauchbare Redakteure?

Christoph Bertram

So etwas wie die *Herald Tribune* gibt es im deutschen Journalismus nicht. Es gibt keine Op-Ed-Pages, Op-Ed-Pages haben keine Tradition in Deutschland, und die Gründe sind vielfältig, sind vielschichtig. Aber natürlich wäre es schön, sie zu haben, um gerade diese Art des Ausdrucks zu fördern. Da gibt es gar keinen Zweifel.

Hans-Ulrich Klose

Es gibt einen wichtigen Unterschied: In Amerika gibt es eine viel größere Zahl von ideologisch festgelegten Politikberatungsinstituten, die gesponsert werden mit ganz bestimmten Erwartungen. Aber die Szene besteht da nicht ausschließlich aus Heritage, sondern da gibt es auch ganz andere. Und wenn ich vom Austausch sprach, dann dachte ich eher an die Kategorie der unabhängigen politikorientierten oder rein akademischen Institute, und da fände ich einen Austausch mit einer gewissen Rotation sehr nützlich.

Es kann durchaus jemand, der in der Politik war und Sachverstand hat, auch mal vier Jahre lang einen Lehrauftrag an der Universität annehmen, was ja tatsächlich auch geschieht. Es ist ja nicht so, daß das überhaupt nicht vorkommt. Und es wäre sehr nützlich, wenn gelegentlich mal ein Professor, der richtig gut ist, sich entscheiden würde, mal vier oder acht Jahre im Deutschen Bundestag zu sitzen.

Christoph Bertram

Ich muß da eine Lanze brechen für einen unserer Gäste, für Herrn Mützelburg, einen der Förderer dieses Austausches. Wir haben zwei unserer Kollegen eine Zeitlang im Bundeskanzleramt gehabt, die außerordentlich bereichert zurückgekommen sind. Ich hoffe, die Bereicherung war nicht nur eine Einbahnstraße. Nur, ich selbst komme ja auch aus einer Tradition, dieser angelsächsischen Tradition. In meiner Londoner Zeit heuerten wir Leute an für ein Jahr und schickten sie dann wieder weg.

Aber der Vorteil dessen, was zum Beispiel diese Stiftung leistet, ist, daß angesichts der großen Rotation und Hektik in allen anderen Bereichen des Staatswesens...

Hans-Ulrich Klose

Wo denn? Wo wird denn bei uns rotiert?

Christoph Bertram

Entschuldigen Sie, im Auswärtigen Amt wird rotiert, im Verteidigungsministerium wird rotiert, im Kanzleramt wird rotiert, im Parlament wird rotiert!

Und angesichts dieser Hektik, die dort eingetreten ist, ist der Vorteil nicht zu unterschätzen, daß man hier einen Ort der steten und ständigen Expertise hat, immer vorausgesetzt, Herr Klose, man kann diese Stetigkeit verbinden und verknüpfen mit einem besseren Einblick in das, was...

Hans-Ulrich Klose

Zugegeben, das hat auch seine Vorzüge. Aber, um ehrlich zu sein, derjenige, der hier zur Stiftung kommt mit 25 und mit 65 ausscheidet, der hat bestimmt seine Verdienste. Wir reden jetzt über keine konkrete Person! Und trotzdem würde ich es für wünschenswert halten, wenn zwischendurch mal eine Phase von vier, fünf Jahren irgendwo anders käme. Man kann dann ja zurückkehren. Und diese wunderbare Rotation scheitert doch bei uns.

Gehen wir mal ganz praktisch daran: Zum Beispiel sind die Altersversorgungssysteme nicht kompatibel, und wenn einer aus dem einen System rausrutscht, kommt er in das andere nicht mehr rein

oder hätte Verluste. An solchen Dingen scheitert das hier, nicht, weil man den hohen Anspruch hat, daß Kontinuität schon ein Wert an sich sei. So ist es doch in Wahrheit!

Richard von Weizsäcker

Die Politik muß das korrigieren, nicht die Wissenschaft!

Hans-Ulrich Klose

Ja, gut, ich rede ja ständig dafür, Herr Bertram weiß genau, daß ich ständig dafür plädiere!

Christoph Bertram

Also sind wir jetzt wieder da angekommen, wo Wissenschaftler gerne sind und wir den Politikern zustimmen, daß man die Politik beschimpfen soll. Da sind wir fast alle einig, aber dafür scheint es noch ein bißchen zu früh zu sein. Auch Wissenschaftler sind ja Staatsbürger. Auch Wissenschaftlern muß ja daran gelegen sein, daß die Politik des Gemeinwesens in einer möglichst guten Weise erfolgt. Zu sagen, wir ziehen uns auf Wissenschaft zurück, das, was wir mitzuteilen haben, ist so gut, die Politiker haben da eine Holschuld, nicht wir eine Bringschuld, das scheint mir ein bißchen zu kurz gegriffen zu sein. Hieran knüpft sich durchaus auch eine Forderung an das, was an der Universität zu lehren ist: Fähigkeit zur Präsentation, Fähigkeit zur Konzentration. Gibt es nicht dort auch eine Bringschuld der Wissenschaftler? Wie sie ausbilden und was sie betreiben? Oder nicht? Sehen Sie das gar nicht so?

Dieter Senghaas

Natürlich ist das so. Ich sehe da, ehrlich gesagt, überhaupt kein Problem. Sofern man relevante Themen diskutiert, gibt es fast einen Zugzwang in Richtung auf die Übersetzung der Ergebnisse in praktische Politik. Ob die Resonanz vorhanden ist, das ist eine ganz offene Frage.

Ich möchte ein Beispiel nennen, um das konkret zu machen: Ich habe Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre eine Untersuchung gemacht über die Frage, warum sich Teile Europas entwickelt haben und andere Teile nicht. Also, warum haben wir auf der einen Seite die Slowakei und Irland und auf der anderen Finnland und Portugal? Quer über 25 Regionen oder Länder. Die Studie hat ganz klare Ergebnisse gebracht, unter anderem zu der damals in der Entwicklungspolitik herrschenden Überzeugung, daß die Industrialisierung unsere Probleme lösen werde, egal, ob das Marokko oder sonst irgendein Land ist. Ein Ergebnis, besser gesagt, eines von sechs, meiner Studie war, daß in einer Frühphase dem Agrarsektor und der Struktur des Agrarsektors, seiner Kapitalausstattung, seiner technischen Ausstattung, insbesondere seinen rechtlichen Rahmenbedingungen, ein entwicklungsstrategischer Stellenwert zukommt.

Nun können Sie dieses Ergebnis, das, glaube ich, sehr wohl begründet war und das auch heute noch Bestand hat, in die Öffentlichkeit bringen, Sie können es in den BMZ-Ausschuß im Parlament bringen, Sie können es in die Zeitungen bringen, in die engeren Organe, in die weiteren Organe, Sie können in der Dokumentationsseite der *Frankfurter Rundschau* oder der Gegenwartsseite der *FAZ* darüber schreiben und so weiter. Wenn das Ambiente so ist, daß es einen Bias gibt in Richtung auf die Position, „das kann man vernachlässigen, das ist nicht bedeutsam. Entscheidend ist vielmehr die Dynamik, die die Industrialisierung entfesselt“ und so weiter, dann werden Sie sich die Zähne ausbeißen! Dann müssen Sie 20 Jahre warten, bis allmählich klar wird durch entsprechende positive und negative Ergebnisse in der übrigen Welt, von Ostasien bis Schwarzafrika, daß es tatsächlich so ist, wie es diese Studie herausgearbeitet hat. Dann kommt 20, 25, 30 Jahre später ein Weltbank-Weltentwicklungsbericht heraus, der den strategischen Stellenwert des Agrarsektors in der Entwicklung dokumentiert.

Christoph Bertram

Das ist doch an sich sehr schön.

Dieter Senghaas

Es ist wunderbar! Aber 30 Jahre sind dann viele Dinge völlig den Bach heruntergegangen. Ich wollte das Beispiel nur illustrativ einfließen lassen, um zu zeigen, daß, selbst wenn man sich bemüht – und ich habe mich immer bemüht, die Sachen verständlich und plausibel zu formulieren und solide zu recherchieren –, daß es dann immer noch einen Resonanzboden geben muß, jemand, der darauf anspringt, der eine Antenne hat, der sieht, aha, es müßte anders laufen. Und das läßt sich dann selbst von einer, sagen wir mal, optimierten Wissenschaft – optimiert im Sinne all der Desiderate, die hier formuliert worden sind – nicht ohne weiteres steuern. Da nützt es auch nichts, wenn dann einer ins Parlament geht und entsprechend aktiv ist, weil einfach ein bestimmter Bias der politischen Strategien, wie sie verfolgt werden, wie sie routinemäßig verfolgt werden, da ist und dagegenwirkt, bis sich zeigt, daß es danebengeht. Es muß erst ein gewisser intellektueller und wahrscheinlich auch emotionaler Aufbruch da sein, damit es auf fruchtbaren Boden fällt.

Christoph Bertram

Aber was unterscheidet das von den Entwicklungen in Darfur? Es ist doch nicht so, daß alles, was passiert, uns gleichermaßen wichtig erscheint. Es wird ja vieles verdrängt von Ereignissen. Warum sollen nicht auch wissenschaftliche Erkenntnisse einer besonderen Konstellation bedürfen, um anzukommen?

Dieter Senghaas

Es gibt über das Phänomen, das ich eben erwähnt habe, eine ganz solide wissenschaftliche Forschung. Herr Klose sagt, er kenne ja eigentlich unseren Betrieb nicht. Aber ein Teil dieses Betriebs, was die Bürokratisierung der Vorgänge angeht, die wachsende Komplexität, die Schwierigkeit der Auseinandersetzung mit dieser Komplexität, ist ja im inneruniversitären Bereich auch nicht sehr viel anders als in der Politik. In beiden Bereichen, also auch in der Wissenschaft, gibt es das, was Herr Leon Festinger die kognitive Dissonanz genannt hat. Das heißt, es gibt bestimmte routinemäßige Orientierungen, wir sind nicht nur kognitiv, sondern meistens auch emotional oder parteipolitisch oder altersbedingt eingefahren. Gibt es neue Daten, werden sie so verarbeitet, daß sie in Übereinstimmung mit den eingefahrenen Routinen stehen.

Das ist eine der grundlegenden Erfahrungen, die man ja nicht nur persönlich macht, im engeren Umkreis, sondern die ganze Organisationen machen und bekanntlich auch die Wissenschaft und die Politik. Und die Frage ist: Wie kann man dem entgegen, daß man systematisch immer auf Konsonanz aus ist? Wie verarbeitet man Dissonanzen, also neue Erkenntnisse, neue Einsichten, neue Problemlagen so, daß sie eben nicht in diese Routine hineingeraten. Da sehe ich eine gewisse Parallelität zwischen beiden Bereichen, im Grunde genommen zwischen vielen Lebensbereichen, weil die Mechanismen zur Abwehr der kognitiven Dissonanz überall aktiv sind.

Und im übrigen, nur um auf das Beispiel Amerika zurückzukommen, kann ich mir nicht vorstellen, daß zum Beispiel ein wahrscheinlich von uns allen sehr geschätzter Wissenschaftler wie Joe Nye in der Reagan-Administration Secretary of State geworden wäre. Sicher in der Carter-Administration, bei Clinton ja, aber sicher nicht bei George Bush I. und auch nicht bei Bush II.

Christoph Bertram

Aber das nimmt ihm nichts von seiner Wissenschaftlichkeit.

Richard von Weizsäcker

Ja eben, wir haben doch alle was von ihm.

Dieter Senghaas

Genau! Nein, es ist nur so: Diese Rotation ist keine Rotation, die gewissermaßen beliebig und auf Geradewohlprozesse aus ist, und wenn wir demnächst vielleicht eine neue Administration haben, dann sind die meisten, die heute aktiv sind und die jetzige Politik definieren, orientieren, motivieren und in der Öffentlichkeit propagieren, wieder zurück in ihren Foundations und werden von dort aus Opposition machen.

Hans-Ulrich Klose

Das wäre das Schöne an einer Demokratie.

Gudrun Krämer

Ein bißchen habe ich Herrn Senghaas gerade so verstanden, daß er gesagt hat, unser Problem ist, daß wir – selbst wenn wir uns die größte Mühe geben – immer nur bestimmte Themen oder Entwicklungen bearbeiten, die die Politik im Moment nicht interessieren, für die sie einfach nicht empfänglich ist und die sie deswegen auch nicht aufnimmt oder erst im Abstand von 20 bis 30 Jahren. Und da könnte man wahrscheinlich als Antwort geben: Die einzige Möglichkeit für den Wissenschaftler wäre dann, in die sogenannte Öffentlichkeit zu gehen. Denn das, was in einer breiteren Öffentlichkeit, in den strategischen Medien, diskutiert wird, muß auch die Politik aufgreifen. Insofern verlagern wir das dann ein bißchen.

Ich glaube, wenn die Wissenschaftler den Alltagsbetrieb der Politik noch genauer kennen würden, als es manche jetzt tun, dann würden sie noch weniger solche etwas abgelegenen und von der Politik weder unmittelbar angesprochenen noch angeforderten Dinge ansprechen, weil sie dann von vornherein wüßten, daß sie keine Chance haben, daß ihre Erkenntnisse eingespeist werden.

Hans-Ulrich Klose

Das ist zu pessimistisch.

Gudrun Krämer

Ich weiß nicht, aber noch etwas anderes: Das mag sehr apologetisch klingen, aber die universitäre Wissenschaft und auch die SWP funktionieren ja auch in Betrieben, in denen sind ja auch Zwänge, da ist ja auch Druck. Und da sitzt ja niemand, der sagt, ich will mit Politik nichts zu tun haben, und es ist mir auch gleichgültig, wie ich mich artikuliere, Hauptsache, ich bin toll. Die hier sitzen, sind ja nachgewiesenermaßen in der Politikberatung im weitesten Sinne aktiv gewesen oder aktiv, bemühen sich also auf jeden Fall redlich strebend.

Aber ich unterliege ja auch soundsovielen Zwängen, zum Beispiel Zeitzwängen: Ich kann nicht jede Woche einen Zeitungsartikel schreiben, ich habe keine Zeit dafür. Ich habe andere Aufgaben, von meinem Arbeitgeber definierte Aufgaben. Und deswegen meine ich, daß das der Politik guttun würde, genauer hinzuschauen, welche Arbeitsbedingungen sie im akademischen Bereich schafft. Jetzt will ich nicht in die allgemeine Schelte über die Bildungsmisere einfallen. Aber im Moment sind in der akademischen Lehre Fehlentwicklungen im Gange, die das alles noch verschlimmern werden – selbst wenn man den besten Willen hat. Das muß ich überhaupt nicht vertiefen, das ist Ihnen wahrscheinlich so klar wie mir. Doch auf beiden Seiten ist eine bestimmte Unkenntnis des jeweils anderen Betriebs gegeben, wobei man das auch ins Positive wenden kann und sagen: Tatsächlich, wenn ich mich noch mehr auf Ihre alltäglichen Zwänge einlassen würde, dann würde ich nichts Innovatives mehr sagen, denn ich wüßte, es wird zerrieben – auch wenn Sie sagen, das sei zu pessimistisch.

Hans-Ulrich Klose

Ich finde, nachdem wir nun alle viel geredet haben, müßte jetzt der Vorsitzende mal seine Erfahrung mit der Kundschaft hier in die Debatte werfen, um eine neue Facette reinzubringen!

Christoph Bertram

Ich will gerne neue Facetten reinbringen. Ich glaube, es besteht eine große Weisheit darin, daß die wissenschaftliche Tätigkeit der SWP nicht Auftragsforschung ist, daß also unsere Kundschaft sich nicht hinsetzt und sagt, genau das und das würden wir gern von euch haben, oder es auch nur versucht. Sie tut es nicht und sie sagt es nicht. Und das erfahren, glaube ich, alle meine Kollegen, die wie ich so durch die Korridore gehen, mit vielen Leuten reden und fragen: Was interessiert Euch denn, was wollt Ihr in einer realistischen Frist, in der man eine Untersuchung machen könnte, von uns wissen? Der Grund ist, daß diese Kundschaft dazu eigentlich nicht in der Lage ist. Sie kann ganz große Themen vorgeben, die fast gar nicht erforschbar sind, aber spezifische Themen, bei denen wir tatsächlich einen Nährwert bieten können, kommen ganz selten zur Sprache. Da gibt es einige ungewöhnliche Persönlichkeiten, aber die sind ganz selten.

In der Regel weiß die Administration, was sie morgen will, aber nicht, was sie übermorgen braucht. Sie weiß am besten, was sie jetzt braucht, aber nicht, was sie später braucht, und deswegen ist dieser Hinweis, glaube ich, ein wichtiger Beitrag. Denn nicht nur wir hier, sondern auch die universitäre Wissenschaft kann sich nicht darauf verlassen, daß die Politik sagt, ach, das hätten wir gern von Euch, sondern sie muß es sich selbst überlegen, indem sie sich hineindenkt in das, was anliegen müßte und anliegen wird, und sich fragt: Was müßten die denn haben? Wobei, Herr Klose hat das eingangs gesagt, die Form, in der man es dann an den Mann oder die Frau bringt, ganz entscheidend ist. Auch dann gibt es keine Garantie, daß es in irgendeiner Weise berücksichtigt wird, aber da sind wir in einem anderen Fahrwasser, in einer anderen Kategorie von Entscheidungszwängen. Nur, wichtig scheint mir für unsere Arbeit, und ich glaube, das gilt generell: Aufträge seitens der Administration führen in der Regel nicht sehr weit.

Hans-Ulrich Klose

Das heißt ja im Klartext auch, daß Sie nicht das Gefühl haben, instrumentalisiert zu werden.

Christoph Bertram

In der Tat, das ist richtig.

Richard von Weizsäcker

Ich finde doch, daß die Erfahrung der letzten Jahrzehnte auch immer wieder lehrt: Es gibt eben politische Entscheidungsträger, die den Wert wissenschaftlicher guter Beratung verstehen und nutzen und nachfragen, und andere, die den Wert weniger kennen. Na ja, gut, dann soll man auf seiten der Wissenschaft ruhig dazu beitragen, daß die relativ wenigen Leute, die sich wirklich dafür interessieren, auch entsprechend ausgestattet werden. Diese gewinnen damit ja nicht selten auch gewisse Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren Wettbewerbern – ist doch völlig legitim! Das ist keine Parteipolitik, sondern die Unterstützung einer Denkweise bei politischen Entscheidungsträgern, die gefördert gehört, egal auf welcher parteipolitischen Seite diese stehen.

Aber ich glaube auch, daß es ja nicht nur um die ganz großen Fragen geht oder um so furchtbar allgemein gestellte Fragen. Heute hören wir immer, wir hätten uns vollkommen überladen in der Europäischen Union, weil wir uns eben gleichzeitig die Vertiefung und die Erweiterung, die Osterweiterung, vorgenommen hätten. In Wirklichkeit hätten wir damit noch warten sollen, und jetzt müßten wir erst mal eine zehnjährige Pause einlegen, ehe wir an die nächste Stufe gehen. Das sind so typische Fragen, die man natürlich nicht mit verschärftem wissenschaftlich-methodischem Nachdenken lösen kann. Man könnte es auch so sagen: Das sind einfach unpolitische Fragestellungen, denn man steht in der Politik nicht vor der Wahl zu sagen, also gut, jetzt warten wir noch fünf Jahre mit der Osterweiterung. Nach dem Jahr 1989 konnte man eben nicht warten, obwohl man weiß, daß es

aus ökonomischen und politischen und was weiß ich noch welchen Gründen viel bequemer gewesen wäre, wenn man noch länger hätte warten können.

Aber dann gibt es auch kleinere Fragestellungen, die keine große Publizität erhalten und doch auch von Wert sind in der Politik, wenn sie wissenschaftlich herausgearbeitet werden. Ich nenne ein ganz kleines Beispiel – vielleicht ist es in seinen Auswirkungen gar nicht so klein: Wir streiten uns zwischen Amerika und Europa doch nicht selten über die Frage, inwieweit beim internationalen Handel darauf geachtet werden muß, daß nicht zu niedrige Löhne gezahlt werden oder den Umweltfolgen irgendeiner Produktion in einem Entwicklungsland nicht zu geringe Aufmerksamkeit zuteil wird. Wenn wir uns die NAFTA ansehen: Die US-grenznahen mexikanischen industriellen Bereiche verzeichnen im Rahmen der NAFTA große Erfolge, doch in den Südtteilen von Mexiko haben, seitdem es die NAFTA gibt, die Armut und das Elend eher zugenommen. Man könnte versuchen zu eruieren, inwieweit das, was die Europäer hier stärker als die Amerikaner im Auge haben, nämlich eben die Umwelt und eine halbwegs angemessene Entlohnung dazu, auch unter die Forderung nach einer fairen ökonomischen Kooperation zu setzen wäre. Das ist etwas, was in der internationalen Handelswelt ja von einiger Bedeutung ist. Es ist aber so ein typisches Thema, worüber das normale Mitglied des Wirtschafts- oder des Auswärtigen Ausschusses doch dann mehr erfährt, wenn er aus einer kleineren, bescheideneren Studie aus der SWP etwas Wirkliches zur Sache erfährt.

Also, es geht nicht nur um die großen Wortmeldungen sondern, wie ich finde, um die Arbeitsgebiete von eigentlich allen Mitgliedern einer solchen Einrichtung wie der SWP. Jede und jeder von Ihnen kann auf seinem Gebiet etwas ausarbeiten, was dann für jemand, der sich kundig machen will, auch wirklich einen bedeutenden Ertrag bringt. Aber daß Sie von all diesen Sachen doch ein bißchen mehr auch in unsere Publizistik reinbringen, das, Christoph, müssen Sie nun Ihrerseits fördern. Sie kennen doch die Welt auf der anderen Seite des Tisches besser, und das würde uns wirklich nützen! Warum müssen wir uns nur bei Nye erkundigen, auch wenn wir das immer gerne machen? Auch er schreibt plötzlich seine Artikel für deutsche Zeitungen, weil seine deutschen Kollegen auf dem Gebiet zu wenig schreiben.

Selbstverständlich, Frau Krämer, haben Sie vollkommen recht, wenn Sie sagen, der Zeitdruck ist kein Privileg der Politiker.

Christoph Bertram

Ich habe an sich noch vor, Ihnen ganz tiefeschürfende Fragen zu stellen, Herr Link, Herr Senghaas, Frau Krämer, zum Beispiel, ob Sie das Gefühl haben, die SWP sei zu politikorientiert oder zu wenig und zu wenig wissenschaftlich orientiert, aber ich finde, Richard von Weizsäcker hat ein außerordentlich angenehmes Schlußwort gesprochen, und bevor wir das verhallen lassen, sollten wir es noch genießen!

Wir schließen damit diese Runde mit großem Dank an Sie alle. Das ist sozusagen der erste Akt gewesen des heutigen großen Ereignisses, der zweite folgt in etwa einer halben Stunde – der eigentliche Festakt. Ich freue mich, daß Bernd Mützelburg hier ist, der die Hauptrede halten wird. Danach gibt es auch einen kleinen Empfang, und für die Freunde und Mitarbeiter und ehemaligen Mitglieder der SWP gibt es danach, bei diesem wunderschönen Wetter, auch noch den dritten, entscheidenden Akt, nämlich das Gartenfest.

Ich unterbreche also hier, bedanke mich in Ihrer aller Namen bei Richard von Weizsäcker, bei Hans-Ulrich Klose, bei Gudrun Krämer, bei Dieter Senghaas und bei Werner Link für diese anregende Diskussion. Anregend auch, lieber Herr Zunker, weil es ja doch auch in Ihrem Sinne ist, daß wir diese Fragen immer wieder aufgreifen, hin- und herwenden und uns nicht allzusehr mit einfachen Antworten zufriedengeben. Herzlichen Dank!

Abschrift: Dorothee Ayoub, Redaktion: Michael Paul und Markus Schacht